

Die Auswirkungen der Krisenbearbeitung in Griechenland



von Kathrin Niedermoser



Die Krisenbearbeitung in Griechenland hat den ökonomischen Niedergang beschleunigt und das Land in eine folgenschwere soziale, politische und gesellschaftliche Krise gestürzt. Griechenland ist zum Symbol für die Krise der wirtschaftlichen und politischen Architektur der Europäischen Union geworden.

Seit Jahren arbeitet die Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission verzweifelt an einer „Rettung“ des krisengeschüttelten Landes. Die Krisenbearbeitung besteht, in Anlehnung an die Schocktherapie-Programme des IWF in den 1980er und 1990er Jahren, im Wesentlichen aus zwei zentralen Elementen: der Senkung der Staatsausgaben durch strikte Austeritätspolitik und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Ökonomie durch eine „Abwertung nach Innen“.

Von der Finanzkrise über die Staatsschuldenkrise ...

Nach dem Ausbruch der Krise 2008/2009 schien die Hegemonie des Neoliberalismus kurzzeitig ins Wanken zu geraten. Die ersten konkreten Maßnahmen der Krisenbearbeitung schienen eine „Rückkehr der Staates“ einzuläuten. Tatsächlich ist es jedoch einmal mehr gelungen, die Krise „für die Ausweitung der neoliberalen Herrschaftsformation nutzbar zu machen“¹, indem Milliarden

schwere Verluste, durch ihre Verschiebung in die öffentlichen Haushalte, sozialisiert wurden. Anschließend wurden die dadurch entstandenen Haushaltsdefizite nicht mehr als Auswirkungen der Krise, sondern als deren Ursache dargestellt. Damit ist eine diskursive Umdeutung gelungen, die für die aktuelle Krisenbearbeitung - nicht nur in Griechenland - von zentraler Bedeutung ist.

Die Mär von den „faulen GriechInnen“ wird hochgehalten, um die tatsächlichen Ursachen für die zunehmend krisenhafte Entwicklung der europäischen Wirtschaft zu verbergen.

Es ist somit auch kein Zufall, dass Qualitäts- und Boulevardblätter, sowie konservative Ökonomen und führende PolitikerInnen den „ausufernden Lebensstil“, unverschämt hohe Pensionen oder die mangelnde Steuer- und Arbeitsmoral der ArbeitnehmerInnen als Ursache für die Krise in Griechenland anführen. Diese Behauptungen halten jedoch einer näheren Betrachtung nicht stand. So gehen Männer in Griechenland durchschnittlich mit 61,9 Jahren (in Österreich mit 58,9) und Frauen mit 59,6 Jahren (in Österreich mit 57,5) in Pension.² Die Durchschnittspension in Griechenland lag 2007 bei 617 Euro, 2/3 der PensionistInnen erhielten allerdings weniger als 600 Euro monatlich.³ Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit in Griechenland liegt bei 2119 Stunden (in Österreich bei 1621).⁴ Laut

OECD-Angaben verfügte Griechenland bereits vor der Krise über eine der geringsten Beschäftigungsraten im Öffentlichen Dienst. Im Jahr 2008 betrug diese 7,9% und lag somit deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 15%.⁵ Dennoch wird die Mär von den „faulen GriechInnen“ hochgehalten. Nicht zuletzt, um die tatsächlichen Ursachen für die zunehmend krisenhafte Entwicklung der europäischen Wirtschaft zu verbergen. Die fatalen Auswirkungen der jahrzehntelangen Umverteilungspolitik von unten nach oben, die Entkopplung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft, ein Wirtschaftssystem, das auf Standort- und Wettbewerbsvorteilen aufbaut und somit auch VerliererInnen erzeugt, werden dabei ignoriert. Ebenso wie die Tatsache, dass die Ursachen für die stei-

gende Staatsverschuldung in Griechenland letztendlich in der Finanzkrise und den strukturellen Ungleichgewichten der Eurozone gesucht werden müssen.⁶ Darüber hinaus werden durch diese Er-

...zur Austeritätspolitik

In Anknüpfung an die skizzierte Krisendeutung wird seit 2010 europaweit eine strikte Austeritätspolitik als Ausweg aus der Krise forciert. Mit dem Beschluss der Economic Governance („six-pack“) und dem Fiskalpakt fand diese Strategie ihren Einzug in die Budgetpolitik der EU Mitgliedsstaaten, wobei Griechenland als Laboratorium für diese Politik betrachtet werden muss. Seit 2010 wird in Griechenland infolge der Krisenbearbeitung das Sozialgefüge grundlegend umgestaltet. Der zentrale Angriffspunkt dabei ist das Pensionssystem. Das gesetzliche Pensionsantrittsalter wurde von 65 Jahre auf 67 Jahre erhöht, die 2 Pensionssonderzahlungen (13. und 14. Pension) wurden gestrichen. Bereits bis 2011 wurden die Pensionen durchschnittlich zwischen 20-30%⁷ gekürzt und die Beitragszeiten für einen abschlagsfreien Pensionsantritt von 35 auf 40 Arbeitsjahre erhöht. Das im

zählung der Krise tradierte rassistische Stereotype reproduziert, die vor allem der Boulevard und rechte Parteien freudig aufnehmen.

November 2012 verabschiedete Sparpaket in der Höhe von 13,5 Milliarden Euro sieht alleine bei den Pensionen weitere Einsparungen im Ausmaß von 4,8 Milliarden Euro vor. INE, das wissenschaftliche Institut des Gewerkschaftsdachverbandes GSEE, geht davon aus, dass PensionistInnen jährlich im Durchschnitt 2.000 Euro verlieren werden. Angesichts der ohnedies niedrigen Pensionen und der signifikant höheren Armutsgefährdung von älteren Menschen in Griechenland werden diese Maßnahmen die prekäre soziale Lage von PensionistInnen weiter verschärfen. Die Pensionen stellten bislang das Rückgrat des griechischen Sozialsystems dar. Während der Anteil der Pensionen am verfügbaren Haushaltseinkommen bei 25% (in Österreich 2008: 21%⁸) liegt, tragen andere Sozialleistungen inkl. Arbeitslosengeld nur 3,2% (in Österreich 2008: 15%) zum Haushaltseinkommen bei.⁹

Infolge der Krisenbearbeitung wurde das Sozialgefüge in Griechenland grundlegend umgestaltet.

Als weiteres Herzstück der griechischen Austeritätspolitik gilt die Privatisierung aller (teil-) staatlichen Infrastruktureinrichtungen und Unternehmen. Neben Häfen und Flughäfen, Autobahngesellschaften, Lotterien und staatlichen Industriebetrieben, sollen u. a. auch die öffentlichen Energieversorger, die Post, die Bahn und die kommunale Wasserversorgung in Athen und Thessaloniki privatisiert werden. Auch der Gesundheitsbereich ist massiv von Einsparungen betroffen. Öffentliche Krankenhäuser und Gesundheitszentren wurden geschlossen, die Selbstbehalte für PatientInnen erhöht. Seit Monaten warnen Hilfsorganisationen angesichts der schlechten medizinischen Versorgung vor einer humanitären Katastrophe in Griechenland.¹⁰

Oftmals fehlt es am Nötigsten, wie Verbandsmaterial oder Infusionen. Ende November wurde bekannt, dass es im Großraum Athen vermehrt zu Engpässen bei Antibiotika kommt. Ärztliche Leistungen und Medikamente können in den meisten Fällen nur noch gegen Barzahlung bezogen werden, da der öffentliche Träger für Gesundheitsleistungen E.O.P.Y.Y. bei Apotheken und ÄrztInnen hoch verschuldet ist. Auch die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sind massiv von der Austeritätspolitik betroffen. Bis 2016 sollen 150.000 Arbeitsplätze abgebaut werden; zudem mussten die Beschäftigten alleine bis 2011 Gehaltseinbußen von 20-30% hinnehmen.¹¹ Das 13. und 14. Monatsgehalt wurde ersatzlos gestrichen.

„Internal Devaluation“

Neben der Austeritätspolitik stellt die „Abwertung nach Innen“ den zweiten zentralen Mechanismus der Krisenbearbeitung in Griechenland dar. Die Kernelemente dieser Strategie sind die Deregulie-

rung der Arbeitsverhältnisse und die Senkung des Lohnniveaus. 2012 wurde der gesetzliche Mindestlohn um 22% auf 548 Euro netto (für ArbeitnehmerInnen unter 25 Jahre auf 490 Euro netto) gekürzt.

Die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und die Senkung des Lohnniveaus sind zentrale Elemente der Krisenbearbeitung.

Das Branchenkollektivvertragssystem wurde durch mehrere Gesetze de facto ausgehebelt und die Nachwirkzeit von Kollektivverträgen zudem emp-

findlich eingeschränkt. Außerdem ist es seit 2010 auch möglich auf betrieblicher Ebene Vereinbarungen zu treffen, die eine Verschlechterung zum

Kollektivvertrag bzw. zum gesetzlichen Mindestlohn vorsehen.¹² Laut OECD haben die Eingriffe in das griechische Lohnfindungssystem im Jahr 2011 zu einem nominalen Rückgang der Löhne und Gehälter um 25% geführt.¹³ INE beziffert die Einkommensverluste im Jahr 2011 mit 9,2 Milliarden Euro.¹⁴ Neben den Einschnitten bei den Löhnen und Gehältern wurde auch die arbeitsrechtliche Situation von ArbeitnehmerInnen massiv verschlechtert. In der Arbeitsgerichtsbarkeit wurde die Stellung von ArbeitnehmerInnen massiv verschlechtert, Entlassungen wurden vereinfacht, der Kündigungsschutz aufgeweicht, Abfindungen empfind-

lich gekürzt und die Arbeitszeit vollkommen flexibilisiert. Die hohe Arbeitslosigkeit und die drastischen Kürzungen im Bereich der sozialen Sicherheit haben zur massiven Prekarisierung und zur Erosion der Arbeitsverhältnisse geführt. Der bereits vor der Krise hohe Anteil von nicht gemeldeten Beschäftigungsverhältnissen (20%) ist sprunghaft angestiegen und stellt in einigen Branchen inzwischen mehr die Norm als die Ausnahme dar. Durch die „interne Abwertung“ soll, laut Troika, die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands verbessert werden. Dabei ist auch die Errichtung von Sonderwirtschaftszonen immer wieder im Gespräch.¹⁵

Niedergang der Ökonomie

Weder die strikte Austeritätspolitik, noch die Politik der „Abwertung nach Innen“ haben das Budgetdefizit und die Zinsen für griechische Staatsanleihen nachhaltig senken können. Vielmehr zeichnet sich, angetrieben von einem Teufelskreis aus Sparprogrammen, Rezession und sinkenden Staatseinnahmen, eine Rückentwicklung

der griechischen Ökonomie ab. Der Produktionsindex ist seit 2009 um 22,9% eingebrochen.¹⁶ Besonders betroffen sind die Industrieproduktion und das Baugewerbe in denen alleine im letzten Jahr 65.000 bzw. 50.000 Arbeitsplätze verloren gingen. Im Handel und im Gewerbe haben 88.000 ArbeitnehmerInnen ihre Jobs verloren.¹⁷

Die Spar- und Kürzungspolitik der letzten Jahre hat breite Schichten in die Armut getrieben.

Hierbei handelt es sich jedoch nicht um vorübergehende oder konjunkturbedingte „Schwankungen“, da die Unternehmen in den meisten Fällen in Konkurs gegangen sind. Im Jahr 2011 ist die Zahl an Unternehmensinsolvenzen um über 33% angestiegen; ähnliches wird für das aktuelle Jahr prognostiziert¹⁸.

Unternehmen wie die Kaffeehauskette Costa Coffee, das Einzelhandelsunternehmen Carrefour oder der Elektrohändler Saturn¹⁹ kündigten ihren Rückzug aus dem griechischen Markt an. Als Grund nannten alle Unternehmen die mangelnde Kaufkraft der griechischen Bevölkerung.

Arbeitslosigkeit, Armut und Verelendung

Über 1,2 Millionen Menschen waren Ende August 2012 arbeitslos gemeldet. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 25,4%, also einer Verdreifachung in den Jahren 2008 bis 2012. Besonders anhand der Arbeitslosenzahlen wird deutlich, dass die neoliberale Krisenbearbeitung keinen Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit liefert, sondern die angespannte Situation am griechischen Arbeitsmarkt massiv verschärft hat:

im Zeitraum von August 2011- August 2012 ist die Arbeitslosigkeit um 38,4% gestiegen. Besonders dramatisch stellt sich die Situation für jüngere ArbeitnehmerInnen dar. Bei den Unter-25-jährigen lag die Arbeitslosigkeit bei 58%. Beinahe 60%²⁰ der registrierten Arbeitslosen gelten als langzeitarbeitslos, womit sie das Arbeitslosengeld verlieren und auch keine weitere staatliche Unterstützung wie Sozialhilfe erhalten.



Die soziale Katastrophe zeigt sich besonders in den Städten. Alleine in Athen leben über 30.000 Menschen auf der Straße. Meist in Gruppen haben sie überall in der Stadt ihre Lager aufgeschlagen. Hinzu kommen Tausende, die in Notquartieren oder bei Freunden und Familienangehörigen wohnen. An den Stadträndern von Athen und in Piräus beginnen Menschen, die ihre Wohnungen verlassen mussten, Hütten aus Holz zu bauen. Sie alle kämpfen tagtäglich gegen den Hunger, bitten PassantInnen um Geld und suchen im Abfall nach Essen. Die Scham steht dabei vielen ins Gesicht geschrieben.

Zudem geht dadurch auch die Krankenversicherung verloren. Durch die drastische Senkung des Arbeitslosengeldes im Februar 2012 von 461 Euro auf 322 Euro wurden Millionen von GriechInnen in die Armut getrieben. Eurostat spricht von über 3 Millionen Menschen (27,7%) in Griechenland, die von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind.²¹ Die bereits vor der Krise hohe Armutsge-



fährdung wurde durch Sparpakete und Arbeitslosigkeit weiter verschärft. Alleine im Jahr 2010 fielen 5% der Bevölkerung unter die Armutsgrenze.²² Seit der Einstellung sämtlicher staatlichen Förderungen für NGOs im August 2012 spitzt sich die Situation zu, da davon auch wichtige Hilfseinrichtungen betroffen sind.²³

Hunger ist in Griechenland längst kein Randphänomen mehr. Hunderttausende stehen tagtäglich in Suppenküchen Schlange. Nicht wenige von ihnen haben zwar noch Arbeit, können sich aber dennoch das tägliche Essen nicht mehr leisten. Hinzu kommen die vielen nicht sichtbaren Formen der Armut: Tausende Haushalte haben inzwischen keinen Strom, die Nachfrage nach Heizöl ist nach einer Preissteigerung eingebrochen, verzweifelte Eltern bringen ihre Kinder in Heime, weil sie sie nicht mehr ernähren können.

Krise der Geschlechterverhältnisse

Durch die zunehmende Privatisierung des Sozialen kommen einmal mehr die Frauen massiv unter Druck. Nach Ausbruch der Krise waren sie die ersten, die vom formellen und informellen Arbeitsmarkt verdrängt wurden. Anhand der Arbeitslo-

senzahlen und der Armutsgefährdung wird deutlich, dass Frauen von der Krise mehr betroffen sind als Männer. Hinzu kommt, dass der Rückzug in die Familie, als oftmals einziger Ausweg, zu einer Mehrbelastung von Frauen führt.

Krise des politischen Systems

Die Krise in Griechenland hat sich tief in die Gesellschaft und in das politische System eingeschrieben. Die Neuwahlen im Juni 2012, waren nur die Vorboten für den zunehmenden Zerfall des traditionellen griechischen Parteiensystems. Besonders deutlich wird die politische Krise an-

hand der Implosion der sozialdemokratischen PASOK. Während die ehemalige Massenpartei seit den 1990er Jahren bei Parlamentswahlen immer zwischen 38-48% erreichte, stürzte sie bei den Wahlen im Juni 2012 auf 12% ab. Vorangegangen waren zahlreiche Ausschlüsse und Austritte.

Die Politik der griechischen Regierung stützt sich auf keine breite Mehrheit in der Bevölkerung. Neuwahlen werden immer wahrscheinlicher.

Neben den herben Verlusten in den traditionellen ArbeiterInnenvierteln in den Städten, sind auch traditionell PASOK-nahe Gewerkschaften, wie zum Beispiel die Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter GENOP-DEI, mittlerweile deutlich auf Distanz zur PASOK gegangen. Die knappe Mehrheit von drei Stimmen, die die Regierungskoalition aus ND, PASOK und DIMAR bei der Abstimmung des letzten Sparpaketes im November 2012 erreichte, verdeutlicht die instabilen politischen Verhältnisse in Griechenland. Neuwahlen sind absehbar. In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Generalstreiks und Großdemonstrationen gezeigt, dass sich die Krisenpolitik der jeweiligen griechischen Regierung

gen auf keine Mehrheit in der Bevölkerung stützen kann. Die zunehmende Entdemokratisierung politischer Entscheidungsprozesse lässt sich auch in Griechenland feststellen.²⁴ Gesetze werden in Eilverfahren durch das Parlament gepeitscht, zahlreiche Beschlüsse der letzten Jahre gelten als verfassungswidrig, Interessensvertretungen werden komplett aus den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, etc. Darüber hinaus wird sozialem Protest oftmals mittels Kriminalisierung, Polizeigewalt und Repression begegnet. Inzwischen weisen auch Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International auf die zunehmende Repression gegen die Protestbewegungen in Griechenland hin.²⁵

Rassismus und Gewalt

In die Lücke der politischen Repräsentation²⁶ dringen vermehrt rassistische und neonazistische Gruppierungen und Organisationen vor. Die offen faschistische Schlägerbande Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) erhielt bei den letzten Wahlen fast

7% und zog mit 18 Abgeordneten ins Parlament ein. Neben der Errichtung von Arbeitslagern und Zwangssterilisationen fordert Chrysi Avgi den Einsatz von Landminen in den griechischen Grenzgebieten.

In Athen kommt es beinahe tagtäglich zu organisierten Überfällen auf MigrantInnen.

Mittels paramilitärischer Strukturen kontrolliert die faschistische Schlägerbande inzwischen ganze Stadtteile und präsentiert sich als Ordnungshüterin. In Athen kommt es inzwischen beinahe tagtäglich zu organisierten Überfällen auf MigrantInnen.

Die US-Botschaft in Athen warnt seit Mitte November vor rassistischen Übergriffen in griechischen Städten.²⁷ Bedenklich stimmt auch die immer wieder dokumentierte Verbindung zwischen Chrysi Avgi und der Polizei.

Situation von Flüchtlingen

Umso fataler ist es, dass die Regierungspolitik in Griechenland dieser Radikalisierung nichts entgegenzusetzen, sondern die entsolidarisierte und gewaltbereite Stimmung gegen MigrantInnen zusätzlich anheizt. Pünktlich mit der Ankündigung von neuen Einschnitten im Sozial- und Gesundheitsbereich startete die Regierung im Sommer 2012 die Operation „Xenios Zeus“. Landesweit machten Hundertschaften von PolizistInnen Jagd auf MigrantInnen. NGOs berichteten von zahlreichen Übergriffen und massiver Gewaltanwendung. Wenige Tage später wurde ein Iraker in Athen auf offener Straße erstochen; in einem kleinen Ort am Peloponnes wird ein Ägypter mit dem Kopf in ein Autofenster eingeklemmt und kilometerweit mitgeschleift. Durch die lange Landesgrenze gilt Griechenland, noch vor Italien oder Spanien, als bevorzugtes Einwanderungsland in die EU. Alleine 2011 strandeten über 55.000 MigrantInnen in Griechenland.²⁸ Ihre Zielorte liegen oft in anderen Ländern der Europäischen Union. Aufgrund der Dublin-II-Verordnung müssen Asylsuchende jedoch in Griechenland auf den Aus-

gang ihres Asylverfahrens warten. Die Mittel, die seitens der EU zur humanitären Versorgung von Flüchtlingen in Griechenland zur Verfügung gestellt werden belaufen sich auf 10 Millionen Euro, während sich die EU die „Grenzsicherung“ in Griechenland 300 Millionen Euro kosten lässt.²⁹ Angesichts der sozialen Lage ist die ohnedies angespannte Situation nun vollkommen eskaliert. Der Alltagsrassismus ist in Gesprächen mit Menschen auf der Straße ständig präsent. Vor allem wird dabei das Bild von MigrantInnen, die dem Staat auf der Tasche liegen, fleißig reproduziert. Tatsächlich konnten Flüchtlinge in Griechenland noch nie auf eine umfangreiche Unterstützung durch den Staat bauen. Sie haben ihr Schicksal längst selbst in die Hand genommen und arbeiten im informellen Sektor als StraßenverkäuferInnen oder schufteten illegalisiert und ohne Rechte auf den Obst- und Gemüseplantagen. Ihre Hungerlöhne garantieren, ähnlich wie in Italien und Spanien nach wie vor die Profite im Landwirtschafts- und Lebensmittelsektor.

In den letzten Monaten sind viele Initiativen entstanden, die der zunehmenden Verelendung und Entsolidarisierung der griechischen Gesellschaft entgegentreten.

Die skizzierten Entwicklungen der politischen Krise bergen auch einen Moment der Selbstorganisation in sich. Insbesondere in den letzten Monaten sind viele Initiativen entstanden, die der

zunehmenden Verelendung und Entsolidarisierung der griechischen Gesellschaft und letztendlich auch der vom Neoliberalismus suggerierten Alternativlosigkeit entgegentreten.

Ein besonders beeindruckendes Beispiel ist die „Klinik der Solidarität“ in Thessaloniki.



Die Ambulanz wurde im Herbst 2011 von ÄrztInnen, KrankenschwesterInnen und TherapeutInnen gegründet und diente ursprünglich der ambulanten medizinischen Versorgung von Flüchtlingen. Sie befindet sich in den Räumlichkeiten des Gewerkschaftsdachverbandes GSEE und wird selbstverwaltet von den ÄrztInnen, KrankenschwesterInnen und TherapeutInnen geführt, die ausschließlich ehrenamtlich arbeiten.

Im Zuge der sozialen Krise in Griechenland begannen, neben Flüchtlingen, immer mehr GriechInnen aufgrund von fehlendem Versicherungsschutz und massiven Einsparungen im Gesundheitssystem die Einrichtung zu nutzen. Heute nehmen täglich 80 –



100 PatientInnen die breite Palette an Leistungen der Ambulanz (Allgemeinmedizin, Zahnmedizin, Neurologie, Orthopädie, Kinder- und Jugendheilkunde, Psychiatrie und Psychotherapie) in Anspruch.



Des Weiteren verfügt die Ambulanz über eine Apotheke, in der PatientInnen kostenlos Medikamente erhalten. Außerdem werden gratis Schutzimpfungen für Kinder angeboten, da sich die meisten Eltern diese nicht mehr leisten können. Die „Klinik der Solidarität“ legt großen Wert auf politische Unabhängigkeit, versteht sich selbst aber als politisches Projekt und neben konkreter Hilfe zielen die Aktivitäten auch auf Partizipation und Selbstorganisation ab. Fotos : Niedermoser, Reuters

Radikalierter Neoliberalismus als Ausweg aus der Krise?

Die griechische Krise und ihre Bearbeitung stehen stellvertretend für die Krisenpolitik (in) der Europäischen Union. In den nächsten Monaten und Jahren wird sich entscheiden, ob dieser eingeschlagene Weg eines autoritären und radikalisierten Neoliberalismus sich langfristig durchsetzen kann. Ein

Blick nach Griechenland verdeutlicht, dass dies das Ende des Europäischen Sozialmodells bedeuten würde, denn auch wenn dieses im Vertrag von Lissabon bestätigt wurde, weist die derzeitige Krisenpolitik in den südlichen Krisenländern einen anderen Weg.³⁰

Kathrin Niedermoser Politikwissenschaftlerin und freie Journalistin, Wien kathrin.niedermoser@univie.ac.at

[1] OECD (2011): *Government at a Glance 2011. Country Note: Greece*, S. 2.

[2] Malkoutzis, Nick (2011): *Griechenland – ein Jahr in der Krise*, S. 3.

[3] vgl. Matsaganis, Manos (2011): *The welfare state and the crises: the case of Greece*, S. 3.

[4] vgl. Handelsblatt v. 01.03.2012: *In Griechenland setzt sich der Hunger fest*. Onlineausgabe.

[5] vgl. Malkoutzis, Nick (2011), S. 3.

[6] vgl. Fulton, Lionel (2011): *Arbeitnehmerbeteiligung in Europa*. Labour Research Department und ETUI.

[7] vgl. Handelsblatt v. 26.04.2012: *Gehälter in Griechenland brechen um ein Viertel ein*. Onlineausgabe.

[8] vgl. Die Zeit v. 02.09.2012: *Sonderbehandlung soll Griechenlands Wirtschaft retten*. Onlineausgabe.

[9] vgl. EL.STAT: *Production Index in Industry 2008-2009*. [10] vgl. EL.STAT: *Labour Force Survey. 1st Quarter 2012*.

[11] vgl. Wirtschaftsblatt v. 04.09.2012: *Konjunkturfaute treibt Insolvenzen*. Onlineausgabe.

[12] alle Zahlen zur Arbeitslosigkeit: vgl. EL.STAT (2012): *Labour Force Survey (LFS)*, August 2012.

[13] vgl. Eurostat (2012): http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-12-21_de.htm?locale=FR (28. Oktober 2012)

[14] vgl. ETUI (2011): *Policy Brief Issue 5/2011, Inequality, poverty and the crisis in Greece*.

[15] vgl. Ansamed (2012): http://ansamed.ansa.it/ansamed/en/news/sections/economics/2012/08/22/Crisis-Greece-freezes-public-funding-NGOs_7365741.html (6. November 2012) [16] vgl. Bader et al (2011): S. 21.

[17] vgl. Ekathimerini v. 25.01.2013: *Metro strike ends as workers forced to return to jobs*.

[18] vgl. Bader et al (2011): S. 23. [19] vgl. taz v. 15.07.2012: *Folgen der Griechenlandkrise. Flüchtlinge als Sündenböcke*. Onlineausgabe. [20] ebd. [21] www.kiathess.gr

[22] vgl. Altvater, Elmar (2010): *Der große Krach. Oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft, Finanzen, Politik und Natur*, S. 94.

So wurden aus ArbeitnehmerInnen Arbeitsklaven:

Arbeitsrecht

- Stufenbau der Rechtsordnung wurde außer Kraft gesetzt: Arbeitsrechtliche Verschlechterungen auf betrieblicher Ebene sind seit 2010 zulässig
- Schlechtere Bezahlung von Überstunden
- Kündigungen wurden vereinfacht; Abfindungen und Kündigungsschutzfristen gekürzt
- Auf betrieblicher Ebene können nun nicht gewählte „Assoziationen von Personen“ (d.h. gelbe Interessensvertretungen) Kollektivverträge abschließen
- Einseitige Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitbeschäftigung oder die Reduzierung von Stunden sind nun jederzeit möglich

Lohn- und Gehaltspolitik

- 2012: Kürzung des gesetzlichen Mindestlohns um 22% (auf 585 Euro brutto); für ArbeitnehmerInnen bis 25 Jahre um 32% (auf 490 Euro brutto)
- De facto Außerkraftsetzung von Branchenkollektivverträgen
- Aufhebung der Nachwirkung von Branchenkollektivverträgen
- Zulagen im Zusammenhang mit Arbeitsbedingungen, Qualifikationen und Dienstjahren werden eingefroren und in vielen Fällen ausgesetzt
- Massive Kürzungen bei den Gehältern (bis zu 50%) im Öffentlichen Dienst
- Kürzung des Arbeitslosengeldes von 461 auf 358 Euro. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit gibt es keine staatliche Unterstützung mehr und auch der Krankenversicherungsanspruch geht verloren.

... und der Irrsinn geht weiter:

- **Privatisierungen** de facto aller (noch) staatlichen Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen (Post, Bahn, Gas-, Elektrizitäts- und Wassergesellschaften, Häfen, Flughäfen, Bergbau- und Hüttenbetriebe, Erdölgesellschaft, staatlicher Immobilien- und Landbesitz, etc.)
- **Massive Belastungen für ArbeitnehmerInnen** (Erhöhung der Selbstbehalte für Medikamente, Pensionskürzungen, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Kürzungen von sozialstaatlichen Leistungen, etc.)
- Das **Sozialversicherungssystem** steht vor dem **Zusammenbruch** (Pensionen werden nicht ausgezahlt, Medikamente müssen von den Versicherten selbst bar bezahlt werden, etc.)

Menschenrechte:

Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Menschenwürde.

Diese Werte sind nicht teilbar. Sie gelten generell, für alle, ... oder für niemanden.

wir leben Solidarität  ***die Lebensgewerkschaft***
oberösterreich

Du sagst: „*Verschone mich mit Politik*“

Ich sage dir:

„*Dein Denken,
dein Sprechen und
dein Handeln ist Politik,
weil es die Lebensumstände Dritter beeinflusst.
Ob du es willst oder nicht.*“

Die Frage ist:

Was denkst du?

Wovon sprichst du?

Und: Bist du zum Handeln bereit?



*Gemeinsam gegen den Wahnsinn. Gemeinsam Solidarität leben.
Mit den KollegInnen der „Klinik der Solidarität“ in Thessaloniki.*



Ein ganz konkretes Projekt. Mit ganz konkreten Menschen.

*Die uns brauchen. Die auf uns warten. Packen wir's an. **Ideen aller Art willkommen!**
Bewusstsein bilden, Politiker auf den Irrsinn hinweisen, Sachspenden (v. a. Medikamente...)*

Freilich, spenden kann man auch: **Kontoinhaber: weltumspannend arbeiten**

Kontonummer: 46610093809 BLZ: 14.000 (BAWAG P.S.K.)

IBAN: AT091400046610093809 BIC: BAWAATWW

Alle gesammelten Spenden werden zu 100% direkt an die „Klinik der Solidarität“ übergeben.

*Und was wäre mit einem „Urlaub der anderen Art“?
Vor Ort selbst erleben, wie sich gelebte Solidarität anfühlt?*



Für den Inhalt verantwortlich:
Gerhard Lanzerstorfer
Weingartshofstr. 2
4020 Linz

Anfragen unter
„Klinik der Solidarität“ an

gerhard.lanzerstorfer@vida.at

Katerina Notopoulou arbeitet ehrenamtlich als Psychologin in der „Klinik der Solidarität“:
„Günstige, einfache Zimmer lassen sich jedenfalls organisieren. Ihr seid herzlich willkommen!“